

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Das badische Beamtengesetz mit Gehaltsordnung, Wohnungsgeld-, Reisekosten- und Etatgesetz sowie Vollzugs-Verordnungen

Baden

Karlsruhe i. B., 1909

Inhalts-Verzeichnis

[urn:nbn:de:bsz:31-318627](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:31-318627)

Inhalts-Verzeichnis

zur

1) landesherrlichen Verordnung, den Vollzug des Beamtengesetzes betreffend.

Zum Gesetz	A. Die Aufnahme in den staatlichen Dienst.	Seite
§ 1	I. Vertragsmäßiges Dienstverhältnis.	
§ 1	Aufnahme in das vertragsmäßige Dienstverhältnis und Ausschneiden daraus . . .	146
	II. Dienstverhältnis der nichtetatmäßigen Beamten.	
§ 2	Verleihung der Beamteneigenschaft auf Grund der Ablegung bestimmter Prüfungen oder auf Grund sonstiger Befähigungsnachweise . . .	147
§ 3	Verleihung der Beamteneigenschaft in sonstigen Fällen . . .	148
§ 4	Zuständigkeit zur Verleihung der Beamteneigenschaft . . .	149
§ 5	Die Probendienstzeit im allgemeinen . . .	149
§ 6	Besondere Bestimmungen über die Probendienstzeit . . .	151
§ 7	Eröffnung über die Verleihung der Beamteneigenschaft . . .	152
§ 8	Ausscheiden aus dem Beamtenverhältnis . . .	153
§ 9	Verleihung der Beamteneigenschaft bei der Wiederaufnahme aus dem staatlichen Dienst ausgeschiedener Beamten . . .	154
§§ 2 bis 6	III. Dienstverhältnis der etatmäßigen Beamten.	
§ 10	Voraussetzungen für die etatmäßige Anstellung im allgemeinen . . .	154
§ 11	Zuständigkeit zur etatmäßigen Anstellung . . .	156
§ 12	Bestimmung des dienstlichen Wohnsitzes der etatmäßigen Beamten . . .	157
§ 13	Eröffnung der etatmäßigen Anstellung . . .	158

Zum Gesetz		Seite
	§ 14	Eintritt der Unwiderruflichkeit der Anstellung der etatmäßigen Beamten . . . 158
	§ 15	Versetzung der Beamten 160
	§ 16	Weiterführung des Titels nach dem Ausscheiden aus dem Dienste 161
	IV. Dienstkautionen.	
	§ 17 161
§ 8	V. Beeidigung und handgelübdlische Verpflichtung der Beamten und der sonst in einem Dienstverhältnis zum Staate stehenden Personen.	
	1. Beeidigung der Beamten.	
	§ 18	Formel des Beamteneides 162
	§ 19	Pflicht zur Ablegung des Beamteneides und Zeitpunkt der Ablegung 163
	§ 20	Zuständigkeit zur Beeidigung 163
	§ 21	Verfahren bei und nach der Beeidigung 164
	2. Sonstige Verpflichtung für den staatlichen Dienst.	
	§ 22	Verpflichtung der im vertragsmäßigen Dienstverhältnis stehenden Personen für den staatlichen Dienst 165
§ 9	B. Die Pflichten der Beamten.	
	I. Amtsgeheimnis.	
	§ 23	Herbeiführung der Entschließung über die Genehmigung zur Vernehmung als Zeuge 166
	§ 24	Pflicht des Beamten zur Anzeige an die vorgesetzte Behörde 167
	§ 25	Zuständigkeit zur Genehmigung und Untersagung der Vernehmung 167
	§ 26	Verhalten des Beamten vor erteilter Genehmigung 167
	§ 27	Anwendung auf zuruhegesetzte Beamte und vertragsmäßig verwendete Personen 168
	§ 28	Ablieferung der Dienstpapiere beim Ausscheiden der Beamten aus dem Dienste 168
§ 10	II. Abgabe von Gutachten durch Beamte.	
	1. Abgabe außergerichtlicher Gutachten.	
	§ 29	Verfahren und Zuständigkeit 168

Zum Gesetz		Seite
	2. Die Vernehmung von Beamten als Sachverständige durch Gerichte oder Staatsanwaltschaften.	
	§ 30 Verfahren und Zuständigkeit bei der Entschliehung über die Genehmigung zur Vernehmung als Sachverständiger . .	169
§ 11	III. Verehelichung der Beamten.	
	§ 31 Erstattung der Anzeige	170
	§ 32 Verfahren im Falle der Beanstandung .	171
	§ 33 Vorgängige Erlaubnis zur Verehelichung	171
§ 12	IV. Übernahme von Nebenämtern und Nebenbeschäftigungen durch Beamte.	
	1. Nebenämter und Nebenbeschäftigungen im staatlichen Dienste.	
	§ 34 Von amtswegen zu übernehmende Nebenämter und Nebenbeschäftigungen . . .	172
	2. Nebenämter und Nebenbeschäftigungen außerhalb des staatlichen Dienstes.	
	§ 35 Genehmigungspflichtige Nebenämter und Nebenbeschäftigungen	173
	§ 36 Verfahren und Zuständigkeit bei der Erteilung der Genehmigung zur Übernahme eines Nebenamtes oder einer Nebenbeschäftigung	173
	§ 37 Anzeige von der Übernahme eines Nebenamtes oder einer Nebenbeschäftigung, die einer vorgängigen Genehmigung nicht bedürfen	174
§ 13	V. Annahme von Auszeichnungen, Geschenken und dergleichen.	
	§ 38 Ehrengeschenke	175
	§ 39 Sonstige Geschenke und Belohnungen .	175
	§ 40 Verfahren und Zuständigkeit bei der Erwirkung der Genehmigung zur Annahme von Titeln und Ehrenzeichen	175
	§ 41 Verfahren und Zuständigkeit bei der Erwirkung der Genehmigung zur Annahme von Gehalten, Dienstzulagen, Belohnungen und Geschenken	176
	§ 42 Form der Genehmigung zur Annahme von Gehalten, Dienstzulagen, Belohnungen und Geschenken	176

VI. Entfernung vom Amte und Urlaub.

1. Vorübergehende Entfernung vom Amte ohne Urlaub.		
§ 43	Entfernung vom Amte auf kurze Zeit . . .	177
§ 44	Dienstverhinderung durch Krankheit . . .	177
§ 45	Abwesenheit im ehrenamtlichen Dienst und dergleichen	178
2. Erholungsurlaub.		
§ 46	179
3. Sonstiger Urlaub.		
§ 47	179
4. Erteilung des Urlaubs.		
§ 48	Verfahren bei der Urlaubseinholung . . .	180
§ 49	Jährliche Beurlaubung der Kassensbeamten	180
§ 50	Zuständigkeit zur Erteilung des Urlaubs	181
§ 51	Zurücknahme des Urlaubs	182
5. Fürsorge für den Fortgang des Dienstes während der vorübergehenden Entfer- nung vom Amte.		
§ 52	183
6. Belassung und Einbehaltung des Dienst- einkommens während der vorübergehen- den Entfernung vom Amte.		
§ 53	Voraussetzungen für die Belassung der Dienstbezüge im Falle der Dienstver- hinderung durch Krankheit	183
§ 54	Art der im Krankheitsfall zu belassenden Bezüge	185
§ 55	Belassung und Einbehaltung des Dienst- einkommens bei einer der Urlaubser- teilung nicht bedürftigen Entfernung vom Amte	185
§ 56	Belassung und Einbehaltung des Dienst- einkommens während des Urlaubs . . .	186
§ 57	Bezüge der vertragsmäßig verwendeten Personen während der vorübergehenden Entfernung vom Dienste	187
§ 58	Unerlaubte Entfernung vom Amte und ihre Folgen	188

VIII

Zum Gesetz		Seite
	C. Das Dienst Einkommen der Beamten.	
§ 19	§ 59	Schmälerung des anschlagsmäßigen Dienst- einkommens 188
§ 23	§ 60	Einfluß der Veretzung auf das Wohnungs- geld 189
§ 25	§ 61	Dienstzulagen 189
§ 26	§ 62	Nebengehalt 189
§ 27	§ 63	Dienstwohnungen 190
	D. Veretzung in den Ruhestand.	
§ 29 Ziff. 2	§ 64	Voraussetzungen der Zurufsetzung . . . 191
§ 31	§ 65	Eröffnung der Zurufsetzung 191
§ 35	§ 66	Beginn der Wirksamkeit der Zurufsetzung . 192
§ 39	§ 67	Betrag des Ruhegehalts 192
§ 40 Abs. 1 Ziff. 5	§ 68	Anrechnung der Kolonialdienstzeit . . . 193
§ 46	§ 69	Anrechnung der im Arbeiterverhältnis usw. zugebrachten Dienstzeit 193
§ 47	§ 70	Unterstützungsgehalt 193
§ 50 u. 51	§ 71	Zeitpunkt der Einstellung der Dienstzulagen bei der Zurufsetzung 194
	§ 72	Erlöschen und Ruhen des Ruhegehalts . 194
	E. Hinterbliebenenversorgung.	
	I. Sterbegehalt.	
§ 55	§ 73	Sterbegehalt im allgemeinen 195
§ 56	§ 74	Bezugsberechtigte und bezugsbefähigte Hinterbliebene 197
§ 57	§ 75	Sterbegehalt der Hinterbliebenen nichtetat- mäßiger Beamten 197
§ 56 u. 57	§ 76	Höhe des ausnahmsweise bewilligten Sterbegehalts 198
	§ 77	Zuständigkeit zur ausnahmsweisen Be- willigung des Sterbegehalts 199
	II. Der Versorgungsgehalt.	
§ 61 u. 62	§ 78	Das gesetzliche Witwen- und Waisengeld . 199
§ 65	§ 79	Widerruflicher Versorgungsgehalt . . . 200
§ 67	§ 80	Ruhen des Versorgungsgehalts 201
§ 68	§ 81	Kürzung des Versorgungsgehalts 201
§ 70	§ 82	Beginn und Ende der Zahlung des Ver- sorgungsgehalts 201
§ 71	§ 83	Berechnung des Versorgungsgehalts . . 202

F. Sonstige Bestimmungen über die vermögensrechtlichen Dienstansprüche der Beamten und ihrer Hinterbliebenen sowie über die Verfolgung von Rechtsansprüchen des Staates gegen die Beamten.

I. Zahlung der Dienstbezüge.

§ 73 § 84 Zahlung der Bezüge der Beamten und ihrer Hinterbliebenen 202

§ 76 **II. Verfolgung von Rechtsansprüchen des Staates gegen Beamte.**

§ 85 Haftpflicht der Beamten 203

§ 86 Zuständigkeit zur Einleitung des Verwaltungsverfahrens 203

§ 87 Zuständigkeit zur Erlassung und Zustellung des Feststellungsbeschlusses 203

§ 88 Bestätigung und Berichtigung des Feststellungsbeschlusses 204

§ 89 Vollstreckung eines Feststellungs- oder Berichtigungsbeschlusses 204

§ 90 Antrag auf Zwangsvollstreckung 204

§ 91 Kosten des Verwaltungsverfahrens 205

G. Die Dienstpolizei.

I. Verwaltungszwang gegen säumige Beamte.

§ 77 § 92 Zuständigkeit zur Anwendung von Zwangsmitteln 205

§ 87 **II. Zuständigkeit und Verfahren bei der Verhängung von Ordnungsstrafen.**

§ 93 Der Verweis als Ordnungsstrafe 206

§ 94 Die Geldstrafe als Ordnungsstrafe 206

§ 95 Die Beschwerde gegen Ordnungsstrafen 206

§ 109 **III. Disziplinarverfahren gegen behördlich angestellte etatmäßige Beamte.**

§ 96 Einleitung des Disziplinarverfahrens; Führung der Voruntersuchung 207

IV. Verfahren bei Versetzung und Entlassung von nicht unwiderruflich angestellten Beamten wegen dienstwidriger Handlungen.

§ 97 208

V. Herbeiführung der strafgerichtlichen Verfolgung eines Beamten.

§ 98 209

Zum Gesetz		Seite
	VI. Die vorläufige Amtsenthebung.	
§ 112	§ 99 Verfügung der vorläufigen Amtsenthebung	210
§ 113	§ 100 Einbehaltung der Dienstbezüge während der vorläufigen Amtsenthebung . . .	210
	VII. Dienstpolizei über die mehreren Geschäftsbereichen angehörnden Beamten.	
	§ 101 Allgemeine Bestimmungen	211
	§ 102 Sonderbestimmungen	211
	H. Schlußbestimmungen.	
	§ 103 Vorbehalt weiterer Vollzugsbestimmungen	212
	§ 104 Besondere Bestimmungen für einzelne Behörden	212
	§ 105 Zuständigkeit zu Entschliehungen hinsichtlich der vertragsmäßig verwendeten Personen	212
	§ 106 Inkrafttreten dieser Verordnung. Aufhebung früherer Bestimmungen . . .	213

2) landesherrlichen Verordnung, den Vollzug der Gehaltsordnung betreffend.

Zum Gesetz		Seite
	I. Allgemeine Bestimmungen.	
§ 1	§ 1 Dienststeinkommen der Beamten	216
§ 2	§ 2 Bewilligung der Dienstbezüge der etatmäßigen Beamten	217
	§ 3 Ausfertigung der Urkunden über den Einkommensanschlag	217
§ 3	§ 4 Dienststeinkommen der bisher nicht vollbeschäftigten Beamten	218
§ 4	§ 5 Weibliche Beamte	218
§ 6	§ 6 Ausnahmeweise Beförderung von Beamten auf höhere Stellen	218
§ 7	§ 7 Vollzugstarif	219
	II. Festsetzung der Gehalte.	
	A. Anfangsgehalt.	
§ 8	§ 8 Berücksichtigung früherer Dienstzeit bei der ersten etatmäßigen Anstellung . . .	219

Zum Gesetz		Seite
§ 9	§ 9	Ausnahmsweise Erhöhung des tarifmäßigen Mindestgehalts bei der ersten etatmäßigen Anstellung 219
§ 10	§ 10	Beginn des Anspruchs auf Dienst Einkommen 220
	§ 11	Anfangsgehalt bei der Wiederanstellung eines Beamten 221

B. Zulagen.

§ 11 Abs. 1	§ 12	Voraussetzung für die Verwilligung von Zulagen 222
§ 11 Abs. 2	§ 13	Höhe der Zulagen 223
	§ 14	Ausnahmen von der regelmäßigen Zulagenverwilligung 223
§ 13	§ 15	Lauf der Zulagefristen 223
	§ 16	Eröffnung der Verwilligung der ordentlichen Gehaltszulagen 225
§ 14	§ 17	Beförderungszulagen 225

C. Fester Gehalt.

§ 15	§ 18 226
------	------	---------------

D. Gehaltsklassen.

§ 16	§ 19	Vorrücken in höhere Gehaltsklassen 226
§ 17	§ 20	Verteilung der Beamten auf die verschiedenen Gehaltsklassen 227
§ 18	§ 21	Übertragbarkeit von Stellen innerhalb derselben Gehaltsklasse 229

E. Gehaltsfestsetzung bei Versetzung auf gleichartige oder geringere Amtsstellen.

§ 19	§ 22 230
------	------	---------------

III. Wohnungsgeld.

§ 20	§ 23 232
------	------	---------------

IV. Dienstzulagen.

§ 21	§ 24	Dienstzulagen auf Grund des Gehaltstari fs und des Staatsvoranschlags 232
§ 22	§ 25	Dienstzulagen für die Versetzung höherer Amtsstellen 234
§ 23	§ 26	Zurückziehung budgetmäßiger Dienstzulagen bei Zulageanfall 235

V. Wandelbare Bezüge.

§ 24	§ 27	Arten der wandelbaren Bezüge; Zuständigkeit für die Festsetzung usw. der wandelbaren Bezüge	235
§ 25	§ 28	Ersatz für entgehende wandelbare Bezüge bei der Versetzung eines Beamten	237
§ 26	§ 29	Schadloshaltung für Ausfälle an wandelbaren Bezügen	237

VI. Nebengehalte.

§ 29	§ 30	238
------	------	-----------	-----

VII. Sonderbestimmungen für einzelne Arten von Beamten.

§ 30	§ 31	Richterliche Beamte	238
§ 32	§ 22	Auftragsweise in einem andern öffentlichen Dienste verwendete Beamte	239
§ 34	§ 33	Mittelbare Staatsbeamte	239
§§ 35. 36	§ 34	Katastergeometer und Gerichtsvollzieher	240

VIII. Übergangs- und Schlußbestimmungen.

§ 40	§ 35	Wahrung erworbener Gehaltsansprüche	240
§ 42	§ 36	Beförderungszulagen während der Übergangszeit	240
§ 43	§ 37	Beamte, für die etatmäßige Amtsstellen nicht mehr vorgesehen sind	241
§ 44	§ 38	Regelung der Gehaltsverhältnisse der aus dem Volksschuldienst übernommenen Lehrer	241
§ 45	§ 39	Änderungen im Bezug von Wohnungsgeld	242
§ 46	§ 40	Wegfall bisheriger Dienstzulagen	242
§ 47	§ 41	Wegfall von bisherigen wandelbaren und Naturalbezügen als Bestandteilen des Einkommensanschlages	244
	§ 42	Zuständigkeit des Präsidenten der Oberrechnungskammer	244
	§ 43	Inkrafttreten der Verordnung	244